

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

61. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. April 2007, 10:00 Uhr,  
im Bildungszentrum der Steuerverwaltung  
in Bad Malente-Krummsee, Rövampallee 2 - 4

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)	in Vertretung von Hans-Jörn Arp
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	in Vertretung von Holger Astrup

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Entschuldigt fehlende Abgeordnete**

Birgit Herdejürgen (SPD)  
Wolfgang Kubicki (FDP)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Information über die Aufgaben und die Situation des Bildungszentrums der Steuerverwaltung inklusive Rundgang durch Leiter Stephan Ramm</b>	<b>4</b>
<b>2. Aus- und Fortbildung sowie Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze in der Steuerverwaltung</b>	<b>5</b>
Vorlage des Finanzausschusses Umdruck 16/1928	
<b>3. Präsentation des automatisierten Besteuerungsverfahrens EOSS durch das Finanzministerium</b>	<b>7</b>
Umdruck 16/1874	

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Information über die Aufgaben und die Situation des Bildungszentrums der Steuerverwaltung inklusive Rundgang durch Leiter Stephan Ramm**

Leiter Herr Ramm stellt die Arbeit des Bildungszentrums der Steuerverwaltung - auch im Rahmen eines Rundgangs durch das Gebäude - vor. Im Bildungszentrum sei neben der Durchführung der Aus- und Fortbildungslehrgänge auch die zentrale Steuerungsfunktion für den Bereich Aus- und Fortbildung im Finanzressort angesiedelt worden, die zuvor von der Mittelinstanz Oberfinanzdirektion wahrgenommen worden sei. Dieser Funktion bedienten sich das Finanzministerium, bei dem kein gesondertes Aus- und Fortbildungsreferat eingerichtet sei, sowie die Finanzämter für alle ressortbezogenen Dienstleistungen in der Aus- und Fortbildung nebst Personalauswahl und -entwicklung. Im Bildungszentrum seien 20 Personen beschäftigt. Die Lehrsäle seien zu 80 %, die Zimmer zu 90 % ausgelastet; bei Bedarf miete man Zimmer in der näheren Umgebung zu möglichst günstigen Konditionen an. Aufgrund der hohen Auslastung könne man die Fortbildungsnachfrage Hamburgs nicht mehr vollständig befriedigen. Wünschenswert wäre, für Fortbildungsgäste weitere Einbettzimmer mit eigener Nasszelle zu schaffen.

Der Mietvertrag der Liegenschaft laufe bis zum Jahr 2023. Die Landesregierung habe eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Finanzministeriums eingesetzt, die bis Anfang 2008 Vorschläge zur Neuorganisation des Aus- und Fortbildungswesens in Schleswig-Holstein erarbeiten solle.

Abg. Todsens-Reese hebt die Bedeutung des BiZ für die Region hervor.

Auch Herr Jessen, Landesvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft, würdigt die Arbeit des Bildungszentrums der Steuerverwaltung, das als Haus der Aus- und Fortbildung unschlagbar sei und sich durch eine hohe Corporate Identity auszeichne.

St Dr. Wulff beziffert den Investitionsbedarf der Liegenschaft auf insgesamt über 2 Millionen €. Die Durchführung der erforderlichen Baumaßnahmen und die Zukunft der

„Landesfinanzschule“ bedürften einer politischen Entscheidung in dieser Wahlperiode auf der Grundlage der Ergebnisse der angesprochenen Arbeitsgruppe.

Der Finanzausschuss erwartet, Anfang 2008 über die Empfehlungen der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Neuorganisation der Aus- und Fortbildung der Landesverwaltung unterrichtet zu werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Aus- und Fortbildung sowie Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze  
in der Steuerverwaltung**

Vorlage des Finanzausschusses  
Umdruck 16/1928

St Dr. Wulff berichtet über die Entwicklung der Ausbildungskapazitäten in der Steuerverwaltung. Die von der Landesregierung vorgeschlagene und vom Haushaltsgesetzgeber festzulegende Zahl der Ausbildungsplätze orientiere sich am Bedarf. Zu berücksichtigen seien in dem Zusammenhang mehrere Faktoren wie die Umsetzung der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte und des Personalkosteneinsparkonzepts sowie die Entwicklung von Teilzeitarbeitsplätzen und der Zahl der Beurlaubungen.

Der Vorsitzende bekräftigt im Namen des Finanzausschusses die Forderung, das Niveau der Ausbildungsplatzzahlen zu halten beziehungsweise aufzustocken, um durch einen ausreichenden Personalbestand dem Ziel einer vollständigen, gleichmäßigen und gerechten Steuererhebung gerecht zu werden.

P Dr. Altmann unterstützt die Forderung des Finanzausschusses und weist darauf hin, dass es sich bei dem Personalkörper der Steuerverwaltung um eine einnehmende Verwaltung handele. Vor dem Hintergrund, dass die Einstellungsquoten zurückgefahren worden seien, während die Aufgaben der Steuerverwaltung weder weniger noch einfacher würden, bezweifelt er, dass tatsächlich bedarfsorientiert ausgebildet werde.

Abg. Sauter vermisst Einsparungen im Personalbereich durch den Einsatz der EDV.

Abg. Schulze sieht die Notwendigkeit, im Bereich der Unternehmensprüfungen im Interesse der Steuergerechtigkeit mehr Personal einzusetzen.

St Dr. Wulff äußert, die Personalbedarfsberechnung der Steuerverwaltung werde man nach der Einführung von EOSS fortschreiben. Wie alle anderen Ressorts müsse auch das Finanzministerium seinen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts leisten. Über die Frage, inwieweit in den Kernbereichen wie Lehrkräfte, Polizei, Justiz und Steuerverwaltung Einsparungen vorgenommen werden müssten, gebe es derzeit keinen Konsens.

Nach Einschätzung von Herrn Ramm hat sich die Einführung eines einheitlichen Einstellungstests für die Finanzämter, die die Anwärter in eigener Verantwortung einstellen, bewährt und die Transparenz erhöht. Mit Blick auf die demografische Entwicklung werde man seit 2005 für die Ausbildung in der Steuerverwaltung.

Auf eine Frage von Abg. Schlosser-Keichel teilt RL Felgendreher mit, man beabsichtige, 70 Absolventen des mittleren Dienstes und 54 Absolventen des gehobenen Dienstes bei bestandener Prüfung in den Landesdienst zu übernehmen.

Herr Jessen fordert vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Steuerrechts (Unternehmensteuerreform, Umsatzsteueränderung) eine Personalverstärkung der Steuerverwaltung, die unter einem Fehlbedarf von 442 Stellen leide. Auch die Ausbildungsanstrengungen müssten angesichts der ungünstigen Altersstruktur in der Steuerverwaltung ausgebaut werden, denn zwischen den Jahren 2010 und 2023 werde sich der Personalkörper durch Altersabgänge nahezu halbieren und die demografische Entwicklung werde den Konkurrenzkampf um Auszubildende erhöhen.

P Dr. Altmann mahnt an, eine tatsächliche, grundlegende Vereinfachung der Steuergesetzgebung nicht aus den Augen zu verlieren. Wenngleich sich der Landesrechnungshof für einen Personalabbau auch in den Kernbereichen ausspreche, sei die Steuerverwaltung als einzige Einnahmeverwaltung ein besonderer Bereich; das Land solle nicht an der falschen Stelle sparen. Auf eine Bemerkung von Abg. Schulze erwidert er, der öffentliche Dienst solle sich jedoch davor hüten, über Bedarf auszubilden, um nicht später dem Druck zu erliegen, auch über Bedarf Personal zu übernehmen.

Abg. Sauter empfiehlt, die Intervalle der Betriebsprüfung aus Gründen der Rechtssicherheit so kurz wie möglich zu machen. Mit einer Intensivierung der Außenprüfung müssten allerdings Einsparungen im administrativen Bereich der Finanzverwaltung einhergehen.

St Dr. Wulff legt Wert auf die Feststellung, dass man in der Steuerverwaltung kein Personal abgebaut habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden räumt er ein, dass die Umsetzung der Arbeitszeitverlängerung für Beamte ein Weniger von 74 Stellen bedeute.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Finanzausschusses bei Herrn Ramm für die freundliche Aufnahme und die wertvollen Informationen und wünscht dem Bildungszentrum der Steuerverwaltung für die Zukunft alles Gute.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Präsentation des automatisierten Besteuerungsverfahrens EOSS  
durch das Finanzministerium**

Umdruck 16/1874

Herr Godau, Leiter des Amtes für Informationstechnik, und Herr Arndt vom Finanzamt Kiel-Süd führen dem Finanzausschuss das automatisierte Besteuerungsverfahren EOSS vor, das in elf Bundesländern angewendet und im Januar 2008 in Schleswig-Holstein flächendeckend eingeführt werden solle.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer